

samkeit der Entscheidungsprozesse, die geringe Problemlösungsfähigkeit des allseitigen Kompromisses, vor allem aber der zu grosse Einfluss organisierter Gruppeninteressen gegenüber den politisch verantwortlichen Organen von Regierung und Parlament diagnostiziert. Mit der Rezession Mitte der siebziger Jahre wurden allerdings auch die Verteilungskämpfe härter. Umverteilungen im Staatsbudget verwandelten sich ohne Wachstum zu Null-Summen-Konflikten, in denen, anders als bisher, der eine Partner verlor, was der andere gewann. Die bürgerlichen Parteien, einander näher stehend, fanden zu einer Mehrheitspolitik, in welcher die Linke zunehmend weniger mitgestalten konnte. In wichtigen parlamentarischen Abstimmungen der Jahre 1975–85 etwa fand dies seinen Niederschlag darin, dass Koalitionen unter Einschluss der SP seltener, Mehrheitskoalitionen der Bürgerlichen und Minderheitskoalitionen der Linken sowie von einzelnen Kleinparteien und den Grünen häufig wurden. 1984 diskutierte die SP den Austritt aus der Regierung. Nicht nur der Links-Rechts-Gegensatz lebt neu auf. Auch die neue Polarisierung Ökonomie-Ökologie macht Konsens schwieriger. Kumulieren sich die Konfliktachsen, wie in der Frage der Kernenergie, so ist das Konkordanzsystem blockiert.

Darüberhinaus macht sich in der Öffentlichkeit eine vermehrte Kritik am Verbandssystem vernehmbar, die sich mit dem deckt, was die Pluralismuskritik seit Olson äussert: Die These, wonach Konflikt- und Organisationsfähigkeit ungleich verteilt sind und zur Bevorzugung kurzfristiger Partialinteressen zu Lasten längerfristiger Allgemeininteressen führen, kann als Diagnose des Sonderfalls Schweiz seit den fünfziger Jahren nachgelesen werden.¹²

Kommen wir zum Element der direkten Demokratie. Seit 1977 werden Nachbefragungen eidgenössischer Urnengänge durchgeführt. Die Befunde der VOX-Analysen¹³ decken sich in vielem mit den Befunden ausländischer Forschung. Insbesondere bestätigt sich, dass politische Teilnahme über Wahlen hinaus überaus hohe Anforderungen an den Einzelnen stellt. So wissen StimmbürgerInnen relativ wenig von der Frage, über die sie abstimmen, und die Teilnahmechancen werden ungleich wahrgenommen: Junge, Frauen, Angehörige unterer Einkommens-, Bildungs- und Berufsschichten bleiben der Urne überdurchschnittlich fern. Aus normativ-

¹² Pointiert bei: Hans Huber, Staat und Verbände, in: Rechtstheorie, Verfassungsrecht, Völkerrecht, Ausgewählte Aufsätze 1950–70, Bern 1971, aber auch: Erich Gruner, Die Wirtschaftsverbände in der Demokratie, Erlenbach/Zürich 1956.

¹³ VOX-Analysen 1977 ff.